

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

220. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 7. Mai 2009

Inhalt:

Glückwünsche zum Geburtstag der Abgeordneten Walter Kolbow, Dr. Hermann Scheer, Dr. h. c. Gernot Erler, Dr. h. c. Hans Michelbach und Rüdiger Veit	23969 A
Erweiterung und Abwicklung der Tagesordnung	23969 B
Absetzung des Tagesordnungspunktes 38 f ...	23971 A

Tagesordnungspunkt 15:

a) Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung (Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz) (Drucksache 16/12852)	23971 A
b) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses	
– zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD: Steuerhinterziehung bekämpfen	
– zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Volker Wissing, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: Steuervollzug effektiver machen	
– zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Volker Wissing, Frank Schäffler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: Umstellung der Umsatzsteuer von der Soll- auf die Istbesteuerung	
– zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Schui, Dr. Barbara Höll, Werner Dreibus, weiterer Abgeordne-	

ter und der Fraktion DIE LINKE: **Bundesverantwortung für den Steuervollzug wahrnehmen**

- zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Dr. Axel Troost, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE: **Steuermisbrauch wirksam bekämpfen – Vorhandene Steuerquellen erschließen**
- zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Wolfgang Nešković, Ulla Lötzer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Steuerhinterziehung bekämpfen – Steuer-oasen austrocknen**
- zu dem Antrag der Abgeordneten Christine Scheel, Kerstin Andreae, Birgitt Bender, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Keine Hintertür für Steuerhinterzieher**

(Drucksachen 16/11389, 16/11734, 16/9836, 16/9479, 16/9166, 16/9168, 16/9421, 16/12826)

Lothar Binding (Heidelberg) (SPD)	23971 D
Dr. Hermann Otto Solms (FDP)	23973 A
Eduard Oswald (CDU/CSU)	23974 B
Oskar Lafontaine (DIE LINKE)	23976 A
Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23978 C
Peer Steinbrück, Bundesminister BMF	23980 B
Frank Schäffler (FDP)	23983 B
Manfred Kolbe (CDU/CSU)	23984 B

Frank Schäffler

- (A) Sie sehen, selbst die Landesregierungen sind skeptisch, was das von Ihnen avisierte Maß angeht.

Meine große Sorge ist, dass Sie an dieser Stelle das Kind auch insofern mit dem Bade ausschütten, als Sie eine Politik des Protektionismus befördern. Ähnliches machen Sie schon bei den Staatsfonds, indem Sie potenzielle ausländische Investoren dadurch abschrecken, dass Sie deren Investitionen von der Zustimmung der jeweiligen Regierung abhängig machen. Hinzu kommt, dass Sie durch dieses Gesetz auch die inländischen Unternehmen abschrecken, weil Sie sie dazu zwingen, hier, in unserem Land, Geschäfte zu betreiben.

Meine Erkenntnis ist: Sie haben aus der Weltwirtschaftskrise der 30er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts nichts gelernt. Diese Weltwirtschaftskrise wurde nämlich durch Abschottung, durch Steuererhöhungen und durch Protektionismus unnötig verlängert.

Hören Sie endlich auf, eine Symbolpolitik zu betreiben, die letztendlich auf den Wahlkampf im Inland ausgerichtet ist! Dadurch hinterlassen Sie außenpolitisch einen Scherbenhaufen. Die Kanzlerin muss Einhalt gebieten, wenn es der Finanzminister selbst nicht merkt. Es ist Zeit, dass sowohl die Kanzlerin als auch der Außenminister, der ja Ihr Kanzlerkandidat ist, den politischen Amoklauf des Finanzministers stoppen.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Na, na, na! Sie haben doch gerade über Stil gesprochen, oder?)

Vielen Dank.

- (B) (Beifall bei der FDP – Thomas Oppermann [SPD]: Eine etwas missglückte Rede!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Manfred Kolbe ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Manfred Kolbe (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Steuerehrlichkeit und Bekämpfung der Steuerhinterziehung stehen seit der spektakulären Verhaftung des Exvorstandsvorsitzenden der Post, Klaus Zumwinkel, im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, und – das sage ich ganz deutlich – das ist auch gut so.

Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Steuerhinterziehung muss von uns energisch bekämpft werden. Deshalb verabschieden wir heute den Antrag der Koalitionsfraktionen mit dem Titel „Steuerhinterziehung bekämpfen“. Wir bringen zudem den Koalitionsentwurf eines Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetzes ein.

Ich sage aber auch deutlich an beide Seiten des Hauses: Wie bei jeglicher Kriminalitätsbekämpfung besteht die Bekämpfung auch hier aus **Prävention und Repression**. Das eine geht nicht ohne das andere. Das gilt für Drogendelikte genauso wie für Steuerhinterziehung.

Deshalb müssen wir durch unsere Steuergesetzgebung präventiv die Steuerehrlichkeit fördern. Wir haben

das zum Teil auch schon getan. Wir haben eine internationale wettbewerbsfähige Abgeltungsteuer und eine Steuerentlastung für thesaurierte Gewinne eingeführt. Dies gilt es fortzusetzen. Ein einfaches und verständliches Steuerrecht sowie international wettbewerbsfähige Steuersätze sind notwendige Bestandteile eines Konzepts zur Vermeidung der Steuerflucht. (C)

Nun ist aber keiner von uns so naiv, zu glauben, dass Herr Zumwinkel deshalb nach Liechtenstein gegangen ist, weil ihm das deutsche Steuerrecht zu kompliziert war.

(Beifall bei der SPD)

Das sagt auch niemand. Es gibt leider auch Bürgerinnen und Bürger, die bewusst Steuern hinterziehen und die Lasten der Gemeinschaft nicht mittragen wollen. Das können wir nicht tolerieren. Deshalb muss das Risiko, dass Steuerdelikte aufgedeckt und geahndet werden, erhöht werden. Der ehrliche Steuerzahler darf nicht der Dumme sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Herr Bundesminister, bei allen gesetzgeberischen Notwendigkeiten: Die **Steuerfahndung** in Deutschland war grundsätzlich erfolgreich. Wir haben Jahr für Jahr 40 000 Verfahren, 17 000 Strafverfahren und Mehreinnahmen in Milliardenhöhe.

Steuerhinterziehung kann auch hart bestraft werden, nämlich mit **Freiheitsstrafe** bis zu zehn Jahren. Ich glaube nicht, dass wir diesen Strafraumen erhöhen müssen. Das Problem liegt vielleicht eher in der Ausschöpfung dieses Strafraumens durch die Gerichte. Der Bundesgerichtshof hat in einem Grundsatzurteil vom 2. Dezember 2008 klargestellt, dass bei einer Steuerhinterziehung die Höhe des Hinterziehungsbetrags ein ganz entscheidendes Strafzumessungskriterium ist. Das heißt klipp und klar: Diejenigen, die Steuern in Millionenhöhe hinterziehen, wandern künftig tatsächlich ins Gefängnis, und das ist auch gut so. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir waren bei der Gesetzgebung aktiv. Diese Große Koalition war erfolgreicher als ihre rot-grüne Vorgängerin, was die **gesetzgeberische Bekämpfung der Steuerhinterziehung** betrifft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben den verunglückten § 370 a der Abgabenordnung abgeschafft, der nicht rechtsstaatlich fassbar war, und haben die Qualifizierungen rechtsstaatsfest neu geregelt. Wir haben die Verjährungsfrist für besonders schwere Fälle der Steuerhinterziehung von fünf auf zehn Jahre verlängert. Wir haben erstmals die Möglichkeit der Telekommunikationsüberwachung bei Steuerhinterziehung geschaffen: Bei der bandenmäßigen Umsatz- und Verbrauchsteuerhinterziehung ist künftig eine Telekommunikationsüberwachung möglich. Diese Bundesregierung war also aktiv, und sie wird das auch in Zukunft sein.

Manfred Kolbe

(A) Wir haben gemeinsam den Antrag „Steuerhinterziehung bekämpfen“ eingebracht, der eine Vielzahl von Maßnahmen enthält. Ich greife einmal die wichtigsten heraus. Wir wollen eine Überarbeitung und umfassende Erweiterung der Europäischen Richtlinie zur **Zinsbesteuerung**. Diese Richtlinie muss für alle Kapitaleinkünfte gelten, und sie muss alle Personen erfassen. Wir brauchen einen verbesserten Informationsaustausch auf internationaler Ebene. Wir können nur international erfolgreich sein.

Herr Bundesminister Steinbrück, deshalb frage ich Sie auch: Waren Äußerungen, wie ich sie vor zwei Tagen gelesen habe, in denen Luxemburg, Liechtenstein, die Schweiz, Österreich sowie Ouagadougou sozusagen auf eine Stufe gestellt wurden, wirklich nötig? Der alte Cicero hat einmal gesagt: *Suaviter in modo, fortiter in re*. Das heißt: Moderat im Ton, hart in der Sache. Ich glaube, das ist der richtige Weg, um bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung mehr Erfolg zu erzielen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Trittin, als stellvertretender Vorsitzender der deutsch-italienischen Parlamentariergruppe muss ich Ihre Äußerung von vornhin aufgreifen. Ich habe das so verstanden: Mit XY die Steuerhinterziehung zu bekämpfen ist genauso vergeblich, wie mit **Berlusconi** die Mafia zu bekämpfen. Vielleicht können Sie sich dazu noch einmal erklären. Ich halte diese Äußerung für äußerst problematisch.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Ich kann Ihnen da ein italienisches Buch geben! Das hat gerade einen Preis gewonnen!)

– Wir werden uns darüber noch unterhalten. Ich bin auf Ihre Erklärung sehr gespannt.

In unserem Antrag geht es neben internationalen Maßnahmen aber auch um Maßnahmen auf nationaler Ebene. Wir wollen eine wohl bestehende gesetzgeberische Lücke bei den **Hinterziehungszinsen** schließen. Bisher wird der Hinterzieher mit einem Strafzins von 6 Prozent bestraft. Derjenige, der brav seine Steuererklärung abgibt, dann aber vergisst, pünktlich zu bezahlen – seine Überweisung geht zwei Tage später heraus –, zahlt 1 Prozent Zinsen pro Monat, also 12 Prozent per annum. Dies ist unserer Ansicht nach ein Wertungswiderspruch. Auch dies werden wir prüfen und gegebenenfalls ändern.

Lassen Sie mich abschließend zum Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz kommen. Dieser Gesetzentwurf soll die Steuerhinterziehung durch Nutzung von Staaten, die nicht die OECD-Auskunftsstandards akzeptieren, erschweren bzw. verhindern. Insbesondere will es die Informationsdefizite der Finanzverwaltung bei der Aufklärung **grenzüberschreitender Besteuerungssachverhalte** beseitigen. Hierzu sieht es zweierlei vor: erstens verbesserte Möglichkeiten der Finanzverwaltung zur Aufklärung grenzüberschreitender Sachverhalte durch erweiterte Mitwirkungs- und Aufklärungspflichten, und zweitens die Eröffnung der Sanktionsmöglichkeit durch Rechtsverordnung, nicht kooperativen Steuerpflichtigen den Betriebsausgabenabzug, die Entlastung von Kapital-

ertrag- oder Kapitalabzugsteuer oder eine Steuerbefreiung für Dividenden zu versagen. (C)

Auch hierzu ist klar zu sagen: Die Union weiß, dass maßgebliche Teile der Steuerhinterziehung im internationalen Bereich stattfinden. Wir müssen deshalb hier aktiv werden. Beachtliche Erfolge, Herr Bundesminister Steinbrück, sind auf dem letzten G-20-Gipfel und darüber hinaus erzielt worden.

Wir sagen aber auch ganz klar: Die Bekämpfung der internationalen Steuerhinterziehung darf nicht auf dem Rücken derer ausgetragen werden, die im **grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr** tätig sind. Dies muss in den kommenden Beratungen noch in der einen oder anderen Hinsicht verifiziert werden. Hier gilt das Struck'sche Gesetz: Der Deutsche Bundestag entscheidet souverän.

Zu diesem Gesetzentwurf mache ich deshalb noch drei Anmerkungen: Zunächst war dessen Einbringung in die politische Diskussion ungewöhnlich. Im Herbst haben wir über viele Wochen den gemeinsamen Antrag „Steuerhinterziehung bekämpfen“ beraten; er stand kurz vor der Verabschiedung. Völlig überraschend und unabgestimmt kam dann über Weihnachten der **Referententwurf** aus dem Bundesfinanzministerium. Dies kann man so machen; aber man setzt sich dann dem Verdacht aus, dass es einem eher um die Publicity als um Inhalte geht. Uns geht es um die Inhalte.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Er hat uns in der Sache unterstützt!)

Zweitens zäumt der Gesetzentwurf das Pferd von hinten auf. Er geht den indirekten Weg über die **Ausübung von Druck** auf den Steuerpflichtigen. Das, was man auf politischem Wege mit nicht auskunftswilligen Staaten noch nicht erreicht hat, versucht man auf dem Wege über Druck auf die Steuerpflichtigen zu reparieren, die mit diesen Staaten Handel und Dienstleistungsaustausch treiben. Dies ist nicht der Königsweg. (D)

Drittens halten wir es für nicht ganz unproblematisch, vom Einkommensteuergesetz gewährte Abzüge – Werbungskosten, Betriebskosten – durch **Rechtsverordnung** einzuschränken. Auch dies werden wir uns in der Anhörung genau anschauen müssen.

Trotzdem werden wir diesen Weg mitgehen und prüfen, was möglich ist. Die internationale Steuerhinterziehung muss genauso energisch bekämpft werden wie die Steuerhinterziehung auf nationaler Ebene. Deshalb werden wir diesen Gesetzentwurf beraten und sicherlich auch noch verbessern.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Lydia Westrich, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)